

2366/J XXII. GP

Eingelangt am 01.12.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten **Ruth Becher**

und GenossInnen

an den **Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit**

betreffend Verwertung des ehemaligen Justizgebäudes in der Riemergasse

Ein Jahr ist es nunmehr her, genauer am 24. November 2003, als der Obmann der „IG-Wollzeile“, Wolfgang Ruff, seine Besorgnis kundtat und auf die fatalen Konsequenzen der Aussiedlung des Bezirksgerichts für Handelssachen Wien, des Handelsgerichts und des Bezirksgerichts Innere Stadt Wien aus dem in der Riemergasse im 1. Wiener Gemeindebezirk gelegenen Justizgebäude in den City Tower Vienna (CTV) in den 3. Bezirk aufmerksam machte. Laut Ruff hätte sich die Absiedlung der drei Gerichte äußerst negativ auf die Infrastruktur des Riemergassen-Viertels ausgewirkt. Die Abgänge der umliegenden Geschäfte seien dramatisch. Pro Tag würden 2.000 Kunden fehlen. Auch die „Presse“ kritisierte am 1. Dezember 2003, dass die vom damaligen Justizminister Dieter Böhmdorfer *„gegen den Widerstand der betroffenen Richter durchgesetzte Übersiedlung des Handelsgerichts von der Riemergasse in den neu gebauten City-Tower immer mehr zur finanziellen Katastrophe“* werde. Dem nicht genug, protestierte die Bundessektion der Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft öffentlicher Dienst lauthals gegen die Übersiedlung der drei Gerichte in den City Tower Vienna. Ihrer Meinung nach sei der Umzug in den 25-stöckigen Neubau in der Marxergasse weder wirtschaftlich noch sachlich nachvollziehbar (vgl. OTS085, 19.02.2003). Nach Ansicht der Bundessektion Richter und Staatsanwälte wäre eine Umgestaltung der Gerichtsgebäude in der Riemergasse kostengünstiger und sinnvoller gewesen.

Dass diese Bedenken nicht bloß ein „*ritualer Theaterdonner (sind), der dazugehört*“, wie der ehemalige Justizminister lapidar bemerkte, zeigt nun der Protest Ihrer ParteikollegInnen aus dem 1. Wiener Bezirk. In einer eigens dazu einberufenen Presskonferenz kritisierte der Bezirksvorsteher des 1. Bezirks, Franz Grundwalt, dass der Auszug der drei Gerichte "*nicht nur den Verlust der Kaufkraft von mehreren hundert Menschen, die in diesen Institutionen beschäftigt sind, nach sich zog, sondern auch den schleichenden Tod eines innerstädtischen Viertels in sich*" berge (OTS0133, 11.11..2004). Verantwortlich für die „*drohende Verslumung*“ (ÖVP-Gemeinderat Alexander Neuhuber, in: Kurier, 11.11.2004) des Riemergassen-Viertels sei nach Ansicht der Wiener ÖVP die mit der Verwertung des leerstehenden Justizgebäudes beauftragte Bundesimmobiliengesellschaft (BIG). Diese habe die Entscheidung über die Nutzung des Gebäudes „*verschleppt und verzögert*“. Was Ihren Parteikollegen dabei entgangen sein dürfte, ist, dass für dieses Missmanagement nicht die BIG letztverantwortlich zeichnet, sondern Sie in Ihrer Funktion als Eigentümer derselben. Folgerichtig müsste sich Kritik von der ÖVP Innere Stadt an die Adresse Ihres Wirtschaftsressorts richten. Dieses ist dafür verantwortlich, dass nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der Universität Wien noch immer keine Nutzung bzw. Verwertungsmöglichkeit für die vormalige Gerichtsdependance in der Riemergasse gefunden wurde und seit Oktober 2003 nach Wirksamwerden der Kündigung durch das Justizministerium der monatliche Hauptmietzins von rund 219.000 Euro entfällt (siehe XXII. GP.-NR 1223/AB).

Da Sie bislang Antworten auf diesen unhaltbaren Zustand schuldig geblieben sind, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. Sind Ihnen die Probleme des Riemergassen-Viertels infolge der Absiedlung des Bezirksgerichts für Handelssachen Wien, des Handelsgerichts sowie des Bezirksgerichts Innere Stadt Wien aus dem Justizgebäude und der Leerstehung desselben bekannt?
2. Wenn ja, wie rechtfertigen Sie diese durch die Absiedlung der drei Gerichte und die Leerstehung des ehemaligen Justizgebäudes verursachten negativen Auswirkungen auf die Infrastruktur des Riemergassen-Viertels?

3. Gab es bislang Gespräche zwischen Ihrem Ressort und der Bezirksvorstehung Wien Innere Stadt hinsichtlich der weiteren Verwertung des leerstehenden ehemaligen Justizgebäudes in der Riemergasse?
4. Wenn ja, wann wurden diese geführt, und was wurde besprochen bzw. vereinbart?
5. Warum ist es der Bundesimmobiliengesellschaft bis dato nicht gelungen, der ehemaligen Justizdependance in der Riemergasse einer Nutzung bzw. Verwertung zuzuführen?
6. Welches Verwertungs- und Nutzungskonzept verfolgt die Bundesimmobiliengesellschaft in Bezug auf das leerstehende Gerichtsgebäude in der Riemergasse?
7. Können Sie die von BIG-Geschäftsführer Stadlhuber gegenüber der „Presse“ (17.11.2004) getätigte Aussage bestätigen, wonach die BIG nach der Absage der Universität Wien nun eine *„gemischte Nutzung aus Wohnen und Hotel“* forcieren?
8. Mit welchen Investoren soll diesbezüglich verhandelt werden?
9. Für das unter Punkt 7 angeführte Projekt sollen *„großflächige und teure Umbauten an dem denkmalgeschützten Jugendstil-Bau notwendig“* werden. Wann sollen diese in Angriff genommen werden, und mit welchen Kosten soll sich dieses Vorhaben zu Buche schlagen?
10. Wann soll der Umbau der Riemergasse fertig gestellt werden, und wann soll dieser bezugsfertig sein?
11. In der Anfragebeantwortung XXII. GP.-NR 1223/AB vom 2. Februar 2004 schreiben Sie, dass *„aus Sicht der BIG und des Bundes als deren Eigentümer festzuhalten ist, dass dem Verlust der Mieteinnahmen des Bundesministeriums für Justiz die von der BIG erzielbaren und im Wege der Nachbesserung teilweise an den Bund abzuführenden Erlöse aus der Verwertung dieser wertvollen Innenstadtliegenschaft gegenüberstehen“*. Wie rechtfertigen Sie diese Ansicht in Anbetracht dessen, dass seit nunmehr 13 Monaten der vom Justizministerium entrichtete monatliche Hauptmietzins

von 218.903 Euro entfällt, somit seit Oktober 2003 Einnahmen von ungerechnet 2,8 Mio. Euro verloren gegangen sind und bis dato für das ehemalige Justizgebäude in der Riemergasse keine Nutzungs- und Verwertungsmöglichkeit gefunden wurde?

12. In der oben zitierten Anfragebeantwortung halten Sie weiters fest, dass Ihrem Ressort „gemäß Bundesministerengesetz nur mehr die Koordination bzw. Beratung der anderen Ressorts in Standort- und Raumnutzungsfragen“ zukomme. Was haben Sie dem damaligen Justizminister Böhmdorfer im Zusammenhang der Umsiedlung der drei Gerichte geraten?
13. Wurde der Bundesminister für Justiz von Ihnen auf etwaige Schwierigkeiten hinsichtlich der Verwertung bzw. Nutzung des alten Gerichtsgebäudes Riemergasse und damit zusammenhängender negativer Konsequenzen für das Riemergassen-Viertel aufmerksam gemacht?
14. Wenn nein, warum nicht?
15. Wurden im Zuge der Absiedlung der Gerichte aus dem Amtsgebäude Riemergasse Überlegungen im Hinblick auf die Infrastruktur dieses Bezirksteils sowie auf die Nutzung des Gerichtsgebäudes im 1. Bezirk angestellt?
16. Wenn ja, wie sehen diese aus?
17. In Ihrer Anfragebeantwortung vom 19. März dieses Jahres (XXII. GP.-NR 1343/AB) führen Sie aus, dass durch die Leerstehung des Amtsgebäudes Riemergasse „keine zusätzlichen Kosten“ entstünden. Eine Ansicht, die weder Ihr Parteikollege aus dem 1. Wiener Gemeindebezirk, Gemeinderat Alexander Neuhuber, noch BIG-Geschäftsführer Stadlhuber teilen. Laut ersteren würde die Leerstehung die „Steuerzahler mit 1,5 Mio. Euro pro Jahr belasten“ (Kurier, 11.11.2004), zweiterer beschränkte sich in der „Presse“ auf die Bemerkung, dass „das Gebäude in dieser Form auch hohe Kosten“ verursache. Wie erklären Sie sich diese widersprüchlichen Einschätzungen?